

Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde
Unterach am Attersee am 22. April 2010.

Tagungsort: Sitzungssaal des Gemeindeamtsgebäudes.

Anwesende:

1. Bürgermeister Gnigler Engelbert
2. Vizebgm. Baumann Georg
3. Gde.Vorst. Dr. Lanz Hadmar
4. Gde.Vorst. Campestrini Peter
5. Gde.Vorst. Baier Karl
6. GR. Reichl Mag. Gerhard
- 7 GR. Hutterer Hedwig
8. GR. Rabas Franz
9. GR. Slama Eva
10. GR. Schmidinger Ernst
11. GR Schindlauer Franz
12. GR. Steinbichler Josef
13. GR. Eichinger Petra
14. GR. Roither Rudolf
15. GR. Schindlauer Matthias
16. GR. Thurner Angela

als Vorsitzender

Ersatzmitglieder:

| | | |
|-----------------------------|-----|------------------------|
| EGR. Purkhart Michel | für | GR. Berliz Dieter |
| EGR. Mag. Mayrhofer Gerhard | für | GR. Mayrhofer Adelheid |

Der Leiter des Gemeindeamtes: design. AL Wolfgang Freunberger MBA MPA

Fachkundige Personen(§66 Abs.2 OÖ GemO.1990): ---

Es fehlen:

entschuldigt:

unentschuldigt:

GR. Berliz Dieter
GR. Mayrhofer Adelheid

Der Schriftführer: FOI Wolfgang Freunberger MPA/MBA

Der Vorsitzende eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung vom Bürgermeister einberufen wurde;
- b) die Verständigung hierzu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 12.04.2010 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 11.02.2010 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Ver-

handlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Sodann gibt der Vorsitzende noch folgende Mitteilungen:

Es liegen ein Dringlichkeitsantrag des Bürgermeisters und ein Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Fraktion vor, die vor dem Punkt „Allfälliges“ behandelt werden sollten:

Der Bürgermeister stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dringlichkeitsantrag des Bürgermeisters, die im Vorstand besprochene Erhöhung der Strandbad-Eintrittspreise ab der Saison 2010 dem Gemeindeamt zum Beschluss vorzulegen.

Die Dringlichkeit ist auf Grund der zeitlichen Nähe zum Saisonbeginn gegeben.

Die Aufnahme dieses Dringlichkeitsantrages in die Tagesordnung und der Behandlung vor dem Punkt „Allfälliges „ wird einstimmig beschlossen.

Die ÖVP-Fraktion stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Fraktion zum Thema „Alterserweiterte Kindergartengruppen“

Die Gemeinderäte der ÖVP fordern die Schaffung von zwei alterserweiterten Kindergartengruppen (Mitbetreuung 2-3 Jähriger) ab September 2010.

Die Dringlichkeit sei gegeben, da nach mehrmaliger Bedarfserhebung 9 Kinder ab Herbst 2010 eine Betreuung benötigen.

Die Aufnahme dieses Dringlichkeitsantrages in die Tagesordnung und der Behandlung vor dem Punkt „Allfälliges „ wird einstimmig beschlossen.

Tagesordnung, Beratungsverlauf und Beschlüsse:

1. Berichte des Bürgermeisters
2. Genehmigung des Voranschlages für das Haushaltsjahr 2010 und des Mittelfristigen Finanzplanes für die Periode 2010-2013; Beschlussfassung
3. Genehmigung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2009 einschließlich Vermögens- u. Schuldenrechnung auf Grundlage des gem. § 91 Abs.3 der Oö. GemO. 1990 i.d.g.F. erstellten Berichtes des Prüfungsausschusses vom 8. März 2010; Beschlussfassung
4. Josef LOHNINGER, Bauvorhaben auf Parzelle 64/1, KG Unterach, Ansuchen um Überbauung des öffentlichen Gutes; Beschlussfassung
5. Änderung der Kindergarten-Ordnung aufgrund der Oö. Kinderbetreuungsgesetz-Novelle, wonach Kinder ab dem 30. Lebensmonat, mit Hauptwohnsitz in OÖ, beitragsfrei sind; Beschlussfassung
6. Wassergenossenschaft Unterach-West, Übernahme der Haftung für ein Darlehen, das durch die WG aufgenommen wurde und getilgt wird, sowie der Beschluss über die grundsätzliche Möglichkeit, nach Prüfung der Sachlage für allfällige weitere Darlehen Haftungen zu übernehmen; Beschlussfassung
7. Übernahme einer Teilfläche der Parzelle 528/3, KG Unterach (Dr. Ingeborg Gampl) in die Parzelle 528/4, KG Unterach, öffentliches Gut, als Umkehrplatz durch kostenlose Abtretung, gem. Teilungsplan des DI Friedwin Karel, GZ 11478; Beschlussfassung
8. Bestellung der Dienstnehmersvertreter für den Personalbeirat gem. § 13 O.Ö. Gemeindebedienstetengesetz 2001;
9. Allfälliges;
7. Bürgerfragestunde

Pkt. 1 der TO: Bericht des Bürgermeisters:

Der Vorsitzende bringt folgende Berichte:

- a) Aus der Abrechnung des Krankenanstaltenbeitrages 2008 entstand ein Guthaben von € 8.856, dies wird auf künftige Vorschriften angerechnet.
- b) Der Rettungsbeitrag 2010 beträgt € 10.162.
- c) Grundeinlöseverfahren beim Kolmbauernbach, wo eine Brücke neu errichtet und ein Gehsteig entstehen soll. Die Gemeinde hat 19 m² von den Bundesforsten und 4 m² von Altbgm. Strobl abzulösen. Das Bewertungsverfahren hat einen m²-Preis von € 1.100 ergeben. Dies wurde beeinsprucht, die Einigung erfolgte bei € 200/m². Die Gemeinde hat keine Alternative. Herr Strobl war bereit, gratis abzutreten, sofern die Bundesforste ebenfalls den Grund kostenlos abgetreten hätten.
- d) Herr Arch. Maul hat die Abrechnung des Projektes Ortsbildgestaltung präsentiert, es ist eine Restsumme von € 138.000 zu bezahlen. Die Kosten für den Confalt-Belag sind derzeit nicht zu bezahlen, weil Schäden (Risse) aufgetreten sind. Zurzeit wird eine Sanierung versucht, dies wird nach dem nächsten Winter feststehen.
- e) Abrechnung Wegerhaltungsverband für Druckerstraße und GW Kohlstatt, zusammen ca. € 6.200. Die Gemeinde hat rund € 5.000 p.a. zu bezahlen. Die Kosten kommen durch die Erhaltungsmaßnahmen wieder zurück.
- f) Das REGATTA-Projekt „AtterWIKI“ wurde am 12.4.2010 gestartet. Unter der Homepage www.atterwiki.at kann man in diese Wissensdatenbank Einsicht nehmen. Jeder Bürger kann dort Informationen hineinstellen.
- g) Kostenübernahme für das Projekt „Sanfte Mobilität am Attersee“; der Vorstand hat beschlossen, die Hälfte dieser Kosten zu übernehmen, wenn die andere Hälfte der Tourismusverein Unterach übernimmt. Das wurde von dort bereits zugesagt. Es werden Elektrofahrräder zur Miete angeboten.
- h) Bei der Mitgliederversammlung des Reinhaltungsverbandes wurde die Jahresabrechnung 2009 präsentiert. Es wird ein Teil der Betriebskosten als Guthaben aus der Abrechnung zurückerstattet. Der Verband wird ordentlich geführt, die Kassengebarung wird vorzüglich verwaltet und großer Wert auf wirtschaftliches Führen gelegt. Bei Betrachtung der Kosten gelingt dies hervorragend. Der Vorsitzende appelliert an die Bürger, Oberflächeneinträge oder Dachwässer in den Abwasserkanal zu verhindern, denn die Entsorgung bedarf eines enormen finanziellen Aufwandes der Allgemeinheit.
- i) Beim Abwasserverband Mondseeklause fand ebenfalls eine Versammlung statt. Im Herbst sollte ein Fischaufstieg errichtet werden. Der Verband trägt dazu € 10.000 bei. Die Gemeinde Unterach ist mit rund € 1.670 beteiligt.
- j) Der ORF kommt zum Kirtag wieder mit der Radio-Oberösterreich Sommerbühne, die bereist vor zwei Jahren ein großer Erfolg war. Ein Unkostenbeitrag von € 800 wird anfallen, die Werbung im Radio ist aber sehr positiv.
- k) Die Bibliothek der Volksschule wurde gestern eröffnet, der Raum wurde von der Gemeinde saniert und adaptiert. An Frau Aumair und Frau Tauer, an das gesamte Lehrpersonal der Schule sei Dank ausgesprochen

- für den Einsatz, der geleistet wurde. Frau Aumair hat sich sehr bemüht, von privaten Sponsoren Mittel zu erhalten.
- l) Für den vergangenen Winter wurde Streusplitt im Wert von € 3.465 verbraucht. Etwa die gleiche Summe wird für das Wegräumen des Splitts aufgewendet werden. Ein Tag Einsatz der Kehrmachine kostet rund € 1.000. Ein Tag ist noch ausständig.
 - m) Die Grünschnittentsorgung im ASZ im Jahr 2009 belief sich auf € 8.267. Je Hauptwohnsitz kostet dies bereits € 5,7 / Einwohner. Es muss eine Regelung gefunden werden, um die Abgabe zu kontrollieren. Derzeit gibt es diese Kontrolle nicht. Es dürften nur Bürger aus Unterach Grünschnitt entsorgen, aus anderen Gemeinden nicht. Diese Personen wissen das aber nicht. Es besteht jedenfalls Handlungsbedarf, um die Kosten nicht ausufern zu lassen.
 - n) Die Schließung der Postfiliale dürfte sich bis 28. Juni 2010 verschieben. Soweit eine telefonische Verständigung an den Vorsitzenden. Es wurde von der Post AG eine Frist versäumt, daher wurde der Schließungstermin Ende Mai fallen gelassen.
 - o) Der Dr. Angelis-Weg wurde von der Gemeinde saniert, heute wurde noch eine Brücke fertig repariert. Die Freiw. Feuerwehr Au-See hat sich bereit erklärt, den Weg auszukehren. Herzlichen Dank dafür. Es ist ein sehr attraktiver Weg, sie werden alle eingeladen, in nächster Zeit diesen Weg zu gehen und zu genießen.
 - p) Der Märchenwanderweg in Buchenort wurde wieder mit neuen Attraktionen versehen. Er ist wieder in Betrieb, die Gemeinde hat etwas Schotter zu Verfügung gestellt. Der Vorsitzende bedankt sich bei den privaten Personen, die den Weg betreuen, vor allem bei Herrn Loindl mit seiner Mannschaft, die sich alle Jahre wieder sorgen und während des Sommers über den sauberen Zustand wacht. Der Weg wird sehr gut angenommen und ist bereits eine Attraktion geworden.
 - q) Eine traurige Nachricht: Frau Maria Griesebner hat aus gesundheitlichen Gründen ihre Anstellung als Kindergartenpädagogin gekündigt. Leider ist sie nicht mehr im Stande, die Arbeit zu versehen. Die vor Kurzem angestellte Pädagogin, Frau Staufer, wird ab sofort ganztags arbeiten. Der Vorsitzende wünscht Frau Griesebner alles Gute, vor allem, dass sie wieder gesund wird und er bedankt sich bei ihr, dass sie im September 2009 eingesprungen ist und uns ausgeholfen hat. Wir waren sehr zufrieden mit ihr, man hat nur Positives über sie gehört.
 - r) Der Vorsitzende ersucht den Gemeindevorstand, nach der Gemeinderatssitzung noch kurz zu einer Besprechung zusammen zu kommen.

Pkt. 2 der TO: Genehmigung des Voranschlages für das Haushaltsjahr 2010 und des Mittelfristigen Finanzplanes für die Periode 2010-2013; Beschlussfassung

Der Vorsitzende berichtet, dass im überarbeiteten Entwurf der ordentliche Haushalt **Einnahmen von € 3.021.600** und **Ausgaben mit € 3.128.400** aufweist und somit erstmals seit langer Zeit nicht ausgeglichen ist. Es besteht ein **Abgang von € 106.800**.

Im außerordentlichen Haushalt wurden lediglich Einnahmen aus bereits zugesagten Landeszuschüssen bzw. Bedarfszuweisungen in Gesamthöhe von € 330.000 veranschlagt.

Aufgrund der Abgangssituation wurden von der Aufsichtsbehörde restriktive Vorgaben für die Gebarung 2010 vorgeschrieben, diese liegen den Fraktionen in Kopie vor.

Grundsätzlich ist es nicht möglich, vor 2013 neue außerordentliche Vorhaben zu beginnen.

Der Abgang wird bei einer erstmaligen Abgangsgemeinde vom Land mit 50 % abgedeckt, in den darauffolgenden Jahren mit 75 % und 100 %.

Die sich daraus ergebende Finanzierungslücke ist mittels dafür genehmigtem Darlehen zu schließen.

Laufende außerordentliche Vorhaben sind nur insoweit fortzuführen, sofern die Finanzierung durch einen bereits genehmigten Finanzierungsplan gesichert ist.

Nicht einlangende, zugesagte Bedarfszuweisungen sind ebenfalls mit Darlehen zwischen zu finanzieren.

In den vorliegenden Entwurf wurden zum Großteil die von der ÖVP-Fraktion gewünschten Änderungen eingearbeitet. Im Laufe des Jahres 2010 haben sich bereits erforderliche Änderungen ergeben, die auf Seite 2 der Beilage zu diesem Entwurf zu ersehen sind und aus unabdingbaren Notwendigkeiten bestehen.

Die im MFP angeführten Zahlen setzen sich aus dem Veranschlagungsquerschnitt zusammen.

Der mittelfristige Finanzplan stellt ein Planungsinstrument dar, das sich im Wesentlichen aus der Fortschreibung der durchschnittlichen Ansätze der Vorjahre, ergänzt um Veränderungen bei nicht im Durchschnitt befindlichen Einnahmen und Ausgaben, zusammensetzt.

Der derzeitige MFP ist für das Haushaltsjahr 2010 und drei weitere Jahre zu erstellen. Die primäre Ziffer ist die freie Budgetspitze, die sich aus dem Ergebnis der laufenden Gebarung, abzüglich der Tilgungen, Interessentenbeiträge und einmalige Einnahmen, sowie zuzüglich einmaliger Ausgaben zusammensetzt. Diese Ziffer ist für die Jahre 2010-2013 negativ.

Bedarfszuweisungen, die von den politischen Referenten bereits zugesagt sind, dafür aber keine schriftliche Zusage (Flüssigmachung) vorliegt, dürfen nicht in den MFP aufgenommen werden. Insofern werden die Zahlen etwas verzerrt dargestellt.

Der Vorsitzende betont, dass er sich bemüht habe, die Änderungswünsche der ÖVP einzuarbeiten. Es wurden im Laufe des Finanzjahres 2010 bereits Ausgaben getätigt, die anzupassen waren. Der Sollüberschuss aus dem Jahr 2009 von rund € 91.000 wird sofort veranschlagt und darf leider nicht für die Finanzierung von Vorhaben herangezogen werden.

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion dazu.

GR Mag. Reichl: bedankt sich für die Einarbeitung der ÖVP-Vorschläge. Er stellt den Antrag, den VA mit drei kleinen Änderungen zu beschließen:

HH-Stelle 010000-457000 Druckwerke; von 6.000 auf 3.000; es wurde im letzten Jahr, einem Wahljahr, das Auslangen mit € 5.000 gefunden, daher sollte der neue Ansatz in einem regulären Jahr ausreichen;

HH Stelle 070000-729000 Verfügungsmittel des Bgm; von € 9.000 auf € 3.000;

HH Stelle 831000-729000, sonstige Ausgaben Strandbad; von € 10.000 auf € 5.000.

Vorsitzender: Die Druckwerke umfassen hauptsächlich die Aussendungen des Bürgermeisters. Es sei froh, wenn mit € 3.000 das Auslangen gefunden wird.

Die Reduktion der sonstigen Kosten beim Strandbad wird sich auf Investitionen auswirken, bei denen die Vorsteuer zurückgeholt werden kann.

Bei den Verfügungsmitteln waren seine Vorstellungen, dass hier eine gewisse Reserve besteht, nachdem als Abgangsgemeinde ohnehin jede Investition der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf. Wenn Bedürfnisse außerhalb der Budgetmittel bestehen, z.B. in der Schulde, dem Hort oder im Kindergarten, das ist dann alles gestrichen, inklusive des Ausfluges der Gemeindebediensteten, der ebenfalls aus diesen Mitteln bezahlt wurde. Wenn man das so will, ist das zur Kenntnis zu nehmen, er sei nicht glücklich darüber. Er mache nur auf die Konsequenzen aufmerksam. Es gibt im Laufe des Jahres Situationen, wo man aushelfen kann. Dies ist dann nicht mehr möglich. Diese Wünsche sind auch bisher immer im Vorstand besprochen worden, und nicht von ihm alleine entschieden worden. Er würde sich wünschen, das zu überdenken.

GV Baier: Die SPÖ-Fraktion stimmt dem Budget zu, aufgrund des Sollüberschusses 2009 besteht ein um ca. € 100.000 geringeres Defizit. Was schon sehr stört, ist, dass die Gemeinde gegenüber dem Strandbadpächter vertragsbrüchig wird. Die mit dem Pächter per Handschlag vereinbarten Investitionen können nun nicht ausgeführt werden. Der Gemeinderat hat auch die Erhöhung des Pachtzinses beschlossen. Ihm stört sehr, dass mittels Handschlag getroffene Vereinbarungen von der Gemeinde nicht eingehalten werden. Die herum geschobenen unbedeutenden Beträge sind Willküraktionen, die nichts bringen, weil jetzt bereits Positionen des Budgets überschritten sind und wir im Herbst ein Nachtragsbudget benötigen, weil dann eine weitere Kindergartenkraft eingestellt werden muss. Aber es bringt nichts, darüber noch zu diskutieren, sie (die SPÖ-Fraktion, Anm.) stimmen dem Budget zu.

Vorsitzender: bringt vor, dass die Entwicklung seit der Vorlage des ersten Entwurfes bereits in den aktuellen Entwurf eingepflegt wurde. Das Budget ist ein Zahlenspiel, soll eine Richtlinie, ein Fahrplan sein, abgerechnet wird am Ende des Jahres, wir wissen heute schon, dass manche Positionen heute nicht mehr richtig sind. Es wird eine weitere Kindergartenbetreuerin benötigt und diverse Investitionen sind zu leisten. Diese Ausgaben sind Pflichtausgaben, die im Nachtragsbudget abzudecken sind.

GR Mag. Reichl: Grundsätzlich ist ein Budget keine Zahlenspielerei, es wird auch nichts hin und her geschoben, sondern es ist eine politische Absichtserklärung, an die man sich halten soll. Die ÖVP war auch in der Vergangenheit nie dagegen, wenn es darum ging, Überschreitungen zu genehmigen, die notwendig waren. Auch die Investitionen im Kindergarten sind natürlich zu machen. Vor der Aufsichtsbehörde sieht es nicht gut aus, wenn als Abgangsgemeinde die Verfügungsmittel von € 6.000 auf € 9.000 angehoben werden. Als Abgang haben wir keine Reserven und der Abgang ist mittels Darlehen zu bedecken. Für einen Betriebsausflug kann jedenfalls kein Darlehen aufgenommen werden. Wenn es Investitionen für die Zukunft sind, ist dies über mehrere Perioden zu finanzieren. Die Ansichten sind zwar noch unterschiedlich, aber wir weichen nicht mehr in vielen Bereichen ab.

GV Baier: Die Ansichten sind nicht sehr unterschiedlich. Es wurden in der Vergangenheit immer auch zusätzliche Ausgaben beschlossen, allerdings hatte die Gemeinde damals meist Überschüsse. Derzeit werden vermutlich keine Überschüsse erwirtschaftet werden können, daher gestaltet sich das schwieriger. Das Budget ist eine Leitlinie für die Gemeinde, anhand deren die Projekte abgewickelt wurden, meist innerhalb der budgetären Leitlinien.

Vorsitzender: erläutert, dass jene € 15.000, welche im ursprünglichen Entwurf für das Strandbad enthalten waren, dem Pächter zugesagt wurden, ein Glasdach südseitig zu errichten. Der Pächter hat sich darauf verlassen, deshalb hat er auch der Pachterhöhung zugestimmt.

GR Schindlauer Josef: ist der Meinung, dass das Strandbad den Gästen etwas bieten sollte, dass ein notwendige Investition gemacht werden soll, wenn schon der Strandbadpächter etwas investiert, dann sollte die Gemeinde die gemachte Zusage nicht zurückziehen.

Vorsitzender: berichtet, dass vom Pächter ein Schreiben diesbezüglich heute eingegangen ist und er schlägt vor, sich darüber im Vorstand nochmals zu unterhalten. Der Pächter wäre bereit, einen Teil der Investitionen selbst zu tragen und ev. über Pachtzins-Rückerstattung zu finanzieren.

GR Dr. Lanz: Gibt es ein Limit als Abgangsgemeinde? (Anm. an Investitionen).

Vorsitzender: In diesem Sinne nicht, es muss beim Land angesucht werden, wenn es € 5000 oder mehr sind.

GR Dr. Lanz: hat heute mit Herrn Faller (Anm. Pächter) gesprochen, dass er mit € 5000 einiges bewegen könnte, er würde vor allem die Betonfundamente für die Stützen benötigen. Er käme der Gemeinde sehr entgegen. Im Rahmen der Möglichkeiten käme er der Gemeinde entgegen und die Gemeinde ihm.

Vorsitzender: Er würde bitten, dass im Vorstand nochmals ungezwungen über diese Causa gesprochen werden soll. Damit eine gewisse Vertragstreue eingehalten werden kann.

Gibt es zum Budget noch Wortmeldungen? Nachdem das nicht der Fall ist, lässt der Vorsitzende darüber abstimmen, dass das von ihm vorgelegte Budget mit den Änderungen der drei Positionen, die Herr Mag. Reichl vorgebracht hat, genehmigt wird.

Damit ist das Budget für das Finanzjahr 2010 mit den von der ÖVP-Fraktion beantragten Änderungen einstimmig angenommen.

Pkt. 3 der TO.: Genehmigung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2009 einschließlich Vermögens- u. Schuldenrechnung auf Grundlage des gem. § 91 Abs.3 der Oö. GemO. 1990 i.d.g.F. erstellten Berichtes des Prüfungsausschusses vom 8. März 2010; Beschlussfassung

Der Vorsitzende berichtet, der Prüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 08. März 2010 entsprechend der gesetzlichen Bestimmung die Überprüfung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2009 vorgenommen.

Der Sollüberschuss für das Rechnungsjahr 2009 beträgt € 91.031,34.

Seitens des Prüfungsausschusses wurde der erforderliche Bericht erstellt.

Der Vorsitzende ersucht nun Herrn Mag. Reichl um den Bericht über den RA 2009.

Der Obmann des Prüfungsausschusses, GR. Mag. Reichl, bringt nun dem Gemeinderat den Bericht über die Überprüfung des Rechnungsabschlusses für das

Jahr 2009 dem Gemeinderat vollinhaltlich zur Kenntnis. Der Bericht wird als Anhang diesem Protokoll beigelegt.

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion über diesen TOP.
Es erfolgt keine Wortmeldung.

Vorsitzender: der Bericht wurde gehört und der Rechnungsabschluss 2009 somit zur Kenntnis genommen.

Pkt. 4 der TO.: Josef LOHNINGER, Bauvorhaben auf Parzelle 64/1, KG Unterach, Ansuchen um Überbauung des öffentlichen Gutes; Beschlussfassung

Der Vorsitzende führt aus:

Herr Josef Lohninger hat am 8. April 2010 ein Ansuchen um Genehmigung der Überbauung des öffentlichen Gutes im Bereich der Parzelle 64/1, KG Unterach, das ist das Haus Hauptstraße 19, eingebracht.

Es handelt sich um die Auskragung der nördlichen Dachtraufe von 0,7 m, in einer Höhe von etwa 5,17 m, auf einer Länge von etwa 5 m. Die derzeitige, alte Traufe ist mit einer Höhe von 4,32 m etwa 0,80 m niedriger.

Die Situierung des Gebäudes bleibt in diesem Bereich gleich, es handelt sich also defakto um eine Erhöhung der Dachtraufe.

Der Bürgermeister als Straßenerhalter nimmt dies zur Kenntnis, da die Höhe von 5,17 m aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu einer Behinderung des Verkehrs führt.

Der Vorsitzende berichtet weiter, dass es sich um den alten Teil des Bauernhauses Hauptstraße 19 handelt. Ein Teil sei bereits erneuert worden, nun wird der Rest des Gebäudes erneuert. Er würde bitten, dass diesem Antrag zugestimmt wird. Er wurde verschiedentlich gefragt, warum das Gebäude nicht hineingerückt würde. Der Bauwerber lässt aber einen Teil des alten Gemäuers stehen, somit hat die Baubehörde keine Möglichkeit, eine andere Situierung vorzuschreiben. Das Bauvorhaben ist so genehmigt, eine Genehmigung zur Überbauung des öffentl. Gutes ist erforderlich.

Der Vorsitzende ersucht um Wortmeldungen. Es erfolgen keine Wortmeldungen. Danach lässt der Vorsitzende im Sinne dieses TOP abstimmen, einstimmige Annahme.

Pkt. 5 der TO: Änderung der Kindergarten-Ordnung aufgrund der Oö. Kinderbetreuungsgesetz-Novelle, wonach Kinder ab dem 30. Lebensmonat, mit Hauptwohnsitz in OÖ, beitragsfrei sind; Beschlussfassung

Der Vorsitzende berichtet, dass die Novelle 2009 des Oö. Kinderbetreuungsgesetzes vor schreibt, dass ab dem Kindergartenjahr 2009/2010 die Betreuung jener Kinder ab dem vollendeten 30. Lebensmonat, die in OÖ den Hauptwohnsitz haben, in einer Kinderbetreuungseinrichtung, welche nach dem Oö. KBG geführt wird, beitragsfrei ist.

Die Kindergartenordnung der Gemeinde Unterach am Attersee wird daher wie folgt geändert:

IV. Aufnahme in den Kindergarten

.....

3. Der Besuch des Kindergartens ist freiwillig und erfolgt gem. § 27, Abs. 1, Oö. Kinderbetreuungsgesetz 2007 (i.d.F. der Novelle 2009 LGBl 43/2009) für Kinder vor dem vollendeten 30. Lebensmonat in alterserweiterten Kindergartengruppen, sowie für Kinder, die keinen Hauptwohnsitz in Oberösterreich haben, gegen eine angemessene Kostenbeteiligung der Eltern (Elternbeitrag entsprechend der Tarifordnung des Rechtsträgers). Für Kinder ab dem 30. Lebensmonat, die den Hauptwohnsitz in Oberösterreich haben, entfällt der Kostenbeitrag.

.....

Diese Änderung erfolgt aufgrund der Novelle 2009 des Oö Kinderbetreuungsgesetzes 2007.

Der Vorsitzende stellt diese Änderung zur Diskussion. Keine Wortmeldung
Der Vorsitzende lässt im Sinne des TOP abstimmen, einstimmige Annahme.

Pkt. 6 der TO: Wassergenossenschaft Unterach-West, Übernahme der Haftung für ein Darlehen, das durch die WG aufgenommen wurde und getilgt wird, sowie der Beschluss über die grundsätzliche Möglichkeit, nach Prüfung der Sachlage für allfällige weitere Darlehen Haftungen zu übernehmen; Beschlussfassung

Der Vorsitzende berichtet, dass die Wassergenossenschaft Unterach-West per 2.1.2002 für die Errichtung eines Wasserspeichers ein Darlehen in Höhe von € 145.000,00 aufgenommen hat, das bis 31.12.2026 läuft, wofür der Obmann und der Obmann-Stellvertreter eine persönliche Haftungserklärung unterzeichnen mussten.

Die Vertreter der WG Unterach-West haben ein Ansuchen an die Gemeinde Unterach am Attersee um Übernahme der Haftung für dieses Darlehen gestellt, sowie grundsätzlich die Möglichkeit zu beschließen, für künftig eventuell notwendige Darlehen, nach Prüfung der Sachlage, die Haftung zu übernehmen.

Die Bedienung (Tilgung) der Darlehen obliegt in jedem Fall der Wassergenossenschaft.

Der Vorsitzende berichtet, dass beim Land Oberösterreich Auskunft über die rechtliche Komponente der Haftungsübernahme eingeholt wurde, auch weil man nun eine Abgangsgemeinde sei. Die Stellungnahmen des Landes sind den Fraktionen zugegangen. Das Land verlangt, dass sämtliche Förderrichtlinien dafür eingehalten wurden. Die Wassergenossenschaft bestätigt dies in einem Schreiben.

Der Vorsitzende bringt dieses Schreiben nun vollinhaltlich zur Kenntnis.

Die Bestimmungen legen fest, dass genau solche Haftungen von einer Gemeinde übernommen werden können.

Die Tilgung erfolgt durch die WG.

Der Vorsitzende eröffnet darüber die Diskussion

Nachdem keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über diesen TOP abstimmen, einstimmiger Beschluss im Sinne des TOP.

Zu Pkt. 7 der TO: Übernahme einer Teilfläche der Parzelle 528/3, KG Unterach (Dr. Ingeborg Gampl) in die Parzelle 528/4, KG Unterach, öffentliches Gut, als Umkehrplatz durch kostenlose Abtretung, gem. Teilungsplan des DI Friedwin Karel, GZ 11478; Beschlussfassung

Der Vorsitzende berichtet, dass nach Vereinbarung mit der Grundeigentümerin Frau Prof. Dr. Ingeborg Gampl, diese kostenlos ein Teilstück Ihrer Parzelle 528/3, KG Unterach, im Ausmaß von 85 m², sowie aus der Parzelle 525/2 3 m² (Ab-schreibung 5 m², Zuschreibung 8 m²), also insgesamt 88 m² abtritt, um bei der Zufahrt zu den Liegenschaften Gampl, Holzer, Stauf und Pellegrini einen Umkehrplatz zu erhalten. Dies ist im Vermessungsplan des Herrn DI Friedwin Karel, GZ 11478, ersichtlich.

Der Gemeinderat hat zu beschließen, die oben genannten Teilstücke in das öffentliche Gut zu übernehmen, bzw. die Teilfläche Nr. 3 im Ausmaß von 8 m² der Parzelle 525/2 von Fr. Prof. Dr. Ingeborg Gampl zuzuschreiben.

Er berichtet weiter, dass in diesem Bereich keine Umkehrmöglichkeit für größere Fahrzeuge besteht. Er sei deshalb an das Ehepaar Gampl, damals lebte der Dr. Otmar Gampl noch, herangetreten, ob eine Abtretung möglich sei.

Familie Gampl habe sich sofort bereit erklärt, kostenlos die erforderliche Fläche abzutreten. Dies sei heutzutage selten und sein besonderer Dank gelte heute Frau Prof. Dr. Inge Gampl.

Das Vermessungsamt verlangt zur Durchführung neuerdings einen Gemeinde-ratsbeschluss, daher sie dies heute auf der Tagesordnung.

Der Vorsitzende ersucht um Wortmeldungen. Es erfolgen keine Wortmeldungen. Es erfolgt die Abstimmung über diesen TOP, dieser wird einstimmig angenommen.

Zu Pkt. 8 der TO: Bestellung der Dienstnehmersvertreter für den Personalbeirat gem. § 13 O.Ö. Gemeindebedienstetengesetz 2001;

Der Vorsitzende bringt vor, dass für die laufende Funktionsperiode des Gemein-derates der Gemeinde Unterach am Attersee folgende Personen als Dienstneh-mer-Vertreter für den Personalbeirat zu bestellen sind:

| | |
|--------------------------------|------------------------------|
| VB Vockner Ernst | Ersatz GB Burda Hannes |
| VB Schmitzberger Verena | Ersatz VB Schwendinger Maria |
| VB Hammerl Georg | Ersatz VB Schmeisser Martin |

Der Vorsitzende erklärt, dass in den Unterlagen der Fraktionen anstatt Frau Schwendinger Frau Griesebner aufscheint, Diese kurzfristige Änderung wurde aufgrund der Kündigung von Frau Griesebner notwendig.

Nachdem der Vorsitzende um Wortmeldungen ersucht und keine erfolgen, lässt er über diesen Punkt abstimmen. Die Bestellung wird einstimmig angenommen.

Der Bürgermeister stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dringlichkeitsantrag des Bürgermeisters, die im Vorstand besprochene Erhöhung der Strandbad-Eintrittspreise ab der Saison 2010 dem Gemeindeamt zum Beschluss vorzulegen.

Die Dringlichkeit ist auf Grund der zeitlichen Nähe zum Saisonbeginn gegeben. Die Preise sollten wie in nachfolgender Tabelle dargestellt, festgelegt werden:

| Eintrittspreise Strandbad | | | |
|----------------------------------|---|-------------------|-------------------|
| Artikel-Nr. | Artikel | <i>Preise alt</i> | Preise neu |
| 01 | Kinder 6-15 Jahre | 1,00 | 1,50 |
| 02 | Erwachsene (ab 17.00 Uhr Eintritt frei) | 2,00 | 2,50 |
| 03 | Kästchen | 1,00 | 1,00 |
| 04 | Kabine | 3,00 | 4,00 |
| 05 | Pritsche | 2,00 | 2,50 |
| 06 | Liegestuhl | 2,00 | 2,50 |
| 07 | Sonnenschirm | 2,00 | 2,00 |
| 08 | Tischtennis 1 Std. | 2,00 | 2,00 |
| 09 | Tischtennis 1/2 Std. | 1,00 | 1,00 |
| 0 | Saisonkabine (beim Gemeindeamt) | 58,14 | 65,00 |
| 0 | Saisonkarte Strandbad <i>Erw.</i> | 25,00 | 30,00 |
| 0 | Saisonkarte Strandbad <i>Kinder</i> | 10,00 | 10,00 |
| 0 | Familien-Saisonkarte | 45,00 | 50,00 |
| 0 | Familien-Saisonkarte <i>Alleinerz.</i> | 25,00 | 30,00 |

Die Gestaltung sollte wie unten ersichtlich, erfolgen:

Der Vorsitzende berichtet, dass die letzte Erhöhung schon mindestens fünf Jahre zurück liegt. Trotz dieser Erhöhung sind die Preise noch immer sehr niedrig, im Vergleich zu anderen Bädern.

Der Bürgermeister ersucht um Wortmeldungen. Keine Wortmeldungen.

Er ersucht nun um Abstimmung im Sinne des Dringlichkeitsantrages, dieser wird einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende berichtet, dass folgender Dringlichkeitsantrag vorliegt:

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Fraktion zum Thema „Alterserweiterte Kindergartengruppen“

Die Gemeinderäte der ÖVP fordern die Schaffung von zwei alterserweiterten Kindergartengruppen (Mitbetreuung 2-3 Jähriger) ab September 2010.

Die Dringlichkeit sei gegeben, da nach mehrmaliger Bedarfserhebung 9 Kinder ab Herbst 2010 eine Betreuung benötigen.

Der Vorsitzende berichtet, dass mittlerweile mehrere Bedarfserhebungen gemacht wurden, die Hortleiterin sagte zu, dass die Kinder im Hort betreut werden könnten. Man ging hier von 4-5 Kindern aus. Mittlerweile sind 11 Kinder angemeldet, es werden nun zwei alterserweiterte Gruppen im Kindergarten geführt werden. Dort können maximal 18 Kinder, davon 5 Kinder unter drei Jahren betreut werden. Es wird auch investiert werden müssen, es ist alles im laufen. Es wird eine Helferin halbtätig und eine Helferin aufzunehmen sein.

Einige Mütter waren heute um 17.30 Uhr in seinem Büro, eine der Damen hat sich bereit erklärt, als Helferin arbeiten zu wollen. Es sieht derzeit so aus, als ob das alles möglich ist, es wird bereits länger daran gearbeitet.

Er könne diesem Antrag nur zustimmen. Es war sehr schwierig, Personal zu finden, aber es entwickelte sich positiv.

Es ist für manche Mütter, die ins Berufsleben wieder einsteigen möchten, sehr wichtig, eine gute Betreuung für die Kinder zu haben. Er sei sehr froh, dass diese Angebote gut angenommen würden.

Bei Thema Verpflegung der Kinder bemüht man sich auch, eine gute Lösung zu finden.

Der Vorsitzende ersucht um Wortmeldungen. Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Fraktion im Sinne der Antragstellung abstimmen, einstimmig angenommen.

Pkt. 9 der TO.: Allfälliges

Vorsitzender: bedankt sich bei den Sponsoren für die Tafel für das Jugendzentrum. Er versichert, sie nächste Woche montieren zu lassen.

GR Slama: Das leidige Thema Jugendtreff, es gibt Frequenzzahlen, die nicht den Tatsachen entsprechen. Sie sei acht Mal im Jugendtreff gewesen, die Zahlen stimmen nicht mit ihren Aufzeichnungen überein. Das eben vorgelegte Wochenprogramm sei mehr als diskussionswürdig, es sei, gelinde gesagt, eine Frechheit. Sie habe ein Gedächtnisprotokoll verfasst, das jederzeit einsehbar sei.

Der Vorsitzende schlägt vor, zu zweit zum Jugendtreff zu gehen, um die Diskrepanzen abzuklären.

GR Slama: Die Gemeinde kann sehr wohl mitbestimmen, wer die Jugendlichen dort betreut, es kann sich jeder ein Bild machen, es war bei den Besuchen immer jemand mit, die Betreuung ist jedenfalls nicht optimal.

Der Vorsitzende stellt fest, dass er mit der Aufmachung des neuen Programms nicht einverstanden war, er habe es so nicht aushängen lassen. Die Sprache der Jugend ist halt eine andere, er kenne sie nicht so genau. Aber es ist mit dem Betreuer zu sprechen. Es sollte zur Zufriedenheit der Jugend funktionieren. Es wird ein Termin mit den Führungskräften des Vereines vereinbart, er kümmere sich darum.

GR Slama: Die Besuche bei den Eltern von Neugeborenen werden derzeit vom Herrn Bürgermeister wahrgenommen. Früher ging auch die Obfrau des Sozialausschusses mit. Sie verstehe nicht, warum es nicht möglich wäre, dass auch ein Vertreter einer im Gemeinderat vertretenen Partei dort mitgehe. Wenn ihre Person nicht erwünscht sei, wäre sicher VBgm. Baumann bereit, mitzugehen. Es sei

unser aller Geld, das dort verteilt werde, es wurde von betroffenen Eltern auch schon kritisiert, dass nur einer komme. Ihre Frage sei daher, welcher Beweggrund vorliege, dass man nicht mitgehen dürfe.

Vorsitzender: Es gibt keinen Beweggrund, diese Frage habe sich für ihn nicht gestellt. Es wurden noch die „alten“ Fälle der Vorperiode abgearbeitet. Es wurden noch keine „neuen“ Kinder besucht. Eine Diskussion darüber ist möglich. Der Bürgermeister repräsentiert die Gemeinde nach außen, dies ist hier so. Es liege in seiner Entscheidung. Er wird sich diese Sache überlegen und seinen Entschluss dann bekanntgeben. Er habe eine große Unterstützung durch Frau Eichinger gehabt, die diese Termine immer ausgemacht habe. Er sehe das nicht politisch.

GR Hutterer: Ist es so ein Problem, wenn Frau Slama als Obfrau des Sozialausschusses mitgeht?

Vorsitzender: er will dem nichts hinzufügen.

Der Bürgermeister ersucht um weitere Wortmeldungen. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, schließt der Bürgermeister die Sitzung um 20.45 Uhr.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 11.02.2010 wurden keine Einwendungen erhoben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 20.45 Uhr.

(Vorsitzender)

(Gemeinderat)

(Gemeinderat)

(Gemeinderat)

(Schriftführer)

Der Vorsitzende bekundet hiermit, dass gegen die Verhandlungsschrift in der Sitzung vom _____ keine Einwendungen erhoben wurden.

Unterach a.A., am _____

Der Vorsitzende:
